

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Einflussnahme der Landesregierung auf die Kommunalwahlen 2026?

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 10.07.2026

Beobachtern zufolge verfügt eine Landesregierung in den Monaten vor einer Kommunalwahl über erhebliche Einflussmöglichkeiten auf die kommunale Ebene. Dazu gehören die Vergabe von Fördermitteln aus Landesprogrammen, die zeitliche Steuerung von Bewilligungen, Entscheidungen im Rahmen der Kommunalaufsicht sowie die öffentliche Präsenz von Regierungsmitgliedern bei der Einweihung oder Förderung kommunaler Projekte. Gerade in Wahljahren bestehe die strukturelle Gefahr, dass staatliche Mittel und Entscheidungen so gesteuert werden, dass regierungstragende Fraktionen ihren Parteien einen Vorteil verschaffen. Dies betreffe insbesondere die Frage, ob Förderbescheide bewusst kurz vor dem Wahltermin angekündigt oder bewilligt werden, und ob eine Landesregierung durch gezielte Termine und öffentliche Auftritte in Kommunen sichtbar wird, die von Parteien der regierungstragenden Fraktionen geführt werden.

Eine Landesregierung übt gleichzeitig die Kommunalaufsicht aus und verfüge über weitreichende finanzielle Steuerungsinstrumente gegenüber den Kommunen. In diesem Spannungsfeld ist eine strikte parteipolitische Neutralität staatlichen Handelns von besonderer Bedeutung, um Wettbewerbsgleichheit zwischen den Parteien zu gewährleisten.

1. Welche konkreten Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um sicherzustellen, dass Förderentscheidungen und Bewilligungen aus Landesmitteln in den Monaten vor den Kommunalwahlen am 13. September 2026 parteipolitisch neutral erfolgen?
2. Plant die Landesregierung, in den Monaten bis zum 13. September 2026 auf die öffentliche Ankündigung oder Bewilligung größerer Förderprojekte zu verzichten, um jeglichen Anschein einer Wahlkampfunterstützung zu vermeiden?
3. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Vergabe von Fördermitteln nicht gezielt in Kommunen mit SPD- oder Grüner-Mehrheit erfolgt, während andere Kommunen benachteiligt werden?
4. Inwieweit hat die Landesregierung in den vergangenen Legislaturperioden Förderprojekte bewusst so terminiert, dass sie kurz vor Wahlen öffentlich wirksam wurden, und wie bewertet sie diese Praxis heute?
5. Welche Regeln oder internen Vorgaben gelten für Regierungsmitglieder und Staatssekretäre bei der Teilnahme an kommunalen Veranstaltungen und Projekteinweihungen in den letzten drei Monaten vor einer Kommunalwahl?
6. Sieht die Landesregierung die Gefahr, dass die Ausübung der Kommunalaufsicht in den Monaten vor den Kommunalwahlen 2026 politisch instrumentalisiert werden könnte, und welche Vorkehrungen trifft sie dagegen?
7. Wird die Landesregierung eine vollständige Liste aller Förderbescheide und Bewilligungen aus Landesmitteln veröffentlichen, die zwischen dem 1. April und dem 13. September 2026 getroffen werden, um Transparenz zu gewährleisten?
8. Inwiefern berücksichtigt die Landesregierung bei der Terminierung von Förderentscheidungen und öffentlichen Auftritten die Möglichkeit, dass diese als Wahlkampfhilfe für die regierungstragenden Fraktionen wahrgenommen werden könnten?

9. Hat die Landesregierung in der Vergangenheit bereits interne Richtlinien oder Selbstverpflichtungen zur neutralen Handhabung staatlicher Mittel und Auftritte vor Wahlen erlassen, und, falls ja, werden diese auch vor den Kommunalwahlen 2026 angewendet? Falls nein, warum nicht?
10. Wie bewertet die Landesregierung die o. g. wiederholte Kritik der Opposition, dass staatliche Förderprogramme und Infrastrukturankündigungen in Niedersachsen regelmäßig so gesteuert werden, dass sie den Parteien der regierungstragenden Fraktionen kurz vor Wahlen zugutekommen?